

Protokoll über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses

Sitzungsdatum: Montag, den 28.06.2021
Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 18.55 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine)
31061 Alfeld (L)

Anwesend:

Vorsitzende

Beigeordnete Brodtmann

Mitglieder

Ratsfrau Funk-Pernitzsch
Ratsfrau Bertram
Ratsfrau Driemel
Ratsherr Piepho
Ratsherr Dräger
Ratsherr Franke

Bürgerdeputierte

Frau Eilert
Frau Meier
Herr Dr. Bullwinkel

Von der Verwaltung

Herr Beushausen
Frau Dr. Granzow
Frau Holzgreve
Frau Schaper (Protokollführerin)

Abwesend:

Frau Hoffmann-Henking – entschuldigt
Herr Friedemann - entschuldigt

Öffentlicher Teil

Herr Beushausen verpflichtet unter Hinweis auf das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz(NKomVG) Herrn Dr. Volker Bullwinkel als neuen Bürgerdeputierten im Jugend- u. Sozialausschuss. Er hat die Nachfolge von Frau Fokken vom Paritätischen Wohlfahrtsverband angetreten. Üblicherweise wird eine Verpflichtung per Handschlag besiegelt. Dies ist aufgrund der herrschenden Pandemie-Situation leider nicht möglich.

Frau Brodtmann heißt Herrn Dr. Bullwinkel willkommen und hofft auf eine gute Zusammenarbeit. Herr Dr. Bullwinkel schließt sich dieser Hoffnung an und bedankt sich für die freundliche Aufnahme.

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses sowie der Tagesordnung.

Die Vorsitzende, Frau Brodtmann, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Ratsherrinnen und Ratsherren, die Vertreter der Verwaltung, Frau Möhlenbrock und Frau Hölzel von Labora, Frau Trenkel von der Alfelder Zeitung und die Zuhörer/innen.

Frau Brodtmann teilt mit, dass die Tagesordnung im TOP 3 geändert werden muss, weil der Bericht der AWO zur psychosomatischen Beratungsstelle für Krebskranke und deren Angehörige aufgrund einer Erkrankung des Vortragenden nicht erfolgen kann. Stattdessen wird unter dem TOP 3 neu die „Ehrenamtsförderung“ aufgenommen, welche ansonsten zu einer Erweiterung der Tagesordnung geführt hätte. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Frau Brodtmann stellt sodann die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die geänderte Tagesordnung fest.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 26.04.2021.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

3. Ehrenamtsförderung

Das Thema wurde bereits seit geraumer Zeit vom Stadtjugendring thematisiert. Übertragen wurde das Thema auch in den Bereich der Feuerwehren. Beteiligt war bei der Erörterung auch die Kreisfeuerwehr. Deshalb geht ein besonderer Dank an den Stadtjugendring und die Feuerwehr, dass sie sich für das Ehrenamt eingesetzt haben.

Frau Dr. Granzow führt aus, dass die Ehrenamtsförderung zweigeteilt praktiziert werden soll. Einmal für ehrenamtlich tätige Vereine und Organisationen und zum Zweiten für ehrenamtlich tätige Personen. Die Anerkennung für ehrenamtlich tätige Personen erfolgt über die Ehrenamtskarte, welche beim Landkreis zu beantragen ist. In den städtischen Haushalt 2021 sind für die Ehrenamtsförderung zusätzlich 5.000 Euro zur Verfügung gestellt worden. Für beide Anerkennungsgruppen sind entsprechende Fördermöglichkeiten zusammengestellt worden. Bei den Vereinen und Organisationen sind es vornehmlich Freistellungen von Verwaltungsleistungen und bei den Personen Kostenermäßigungen bei Nutzung öffentlicher Einrichtungen sowie kostenlose Beantragung offizieller Dokumente.

Herr Franke wünscht sich eine genauere Definition der Vereine und Organisationen, welche darunterfallen. Weiterhin fragt er nach der Anzahl der Personen, welche in Alfeld bereits eine Ehrenamtskarte besitzen.

Herr Beushausen geht auf beide Fragen ein. Die Vereine definieren sich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Die Kriterien für eine Förderung umfassen dabei die Punkte keiner wirtschaftlichen Gewinnerzielung und eines caritativen Hintergrunds / Gedankens. Die Ehrenamtskarte ist beim Landkreis zu beantragen. Für einen Erwerb bestehen hohe Kriterien. Die Ehrenamtskarte könnte in ganz Niedersachsen genutzt werden, außer für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen, die an die Wohnortgemeinde gebunden sind.

Beschlussfassung für den Rat der Stadt Alfeld Leine):

„Die Verwaltung wird beauftragt, die in dieser Vorlage genannten Vorschläge zur Förderung des Ehrenamtes umzusetzen.“

-einstimmig-

4. **Mitteilung zur Entwicklung der Kosten für die Unterbringung Obdachlosen. Vorlage 511/XVIII**

Zum Thema gab es eine Anfrage der SPD-Fraktion. Hierbei geht es speziell um den aktuellen finanziellen Aufwand für die Stadt. Die Stadt zahlt mehr als sie von Dritten (insbesondere Sozialamt (Grundsicherung) oder Jobcenter) erstattet bekommt.

Frau Dr. Granzow informiert anhand der umfassenden Vorlage über die Kostenentwicklung für die Unterbringung, die Entwicklung der Fallzahlen, den betroffenen Personenkreis (vorwiegend Männer, selten Frauen und Familien), der zeitlichen Dauer der Unterbringung, der derzeitigen Unterbringungsmöglichkeit (Stadt hat keine eigenen Unterkünfte, stattdessen werden Pensionen genutzt) und über die soziale Betreuung von Obdachlosen. Aufgrund der Corona Beschränkungen konnte für die soziale Betreuung in der jüngsten Vergangenheit mit Frau Abel eine Mitarbeiterin mit entsprechenden sozialpädagogischen Qualifikationen eingesetzt werden. Diese Möglichkeit entfällt zukünftig. Hauptaufgabe war es die von Obdachlosigkeit bedrohten Personen oder bereits Obdachlose bei der Wohnungssuche und der Alltagsbewältigung zu unterstützen. Das ist keine leichte Arbeit, aber es ist gelungen, die Anzahl der in den angemieteten Unterkünften wohnenden Obdachlosen zu reduzieren.

Frau Brodtmann dankt im Namen des Ausschusses Frau Abel für ihre geleistete Arbeit.

Frau Dr. Granzow informiert weiter, dass aus den bisherigen Erfahrungen jetzt die zukünftige Arbeit und Handhabung in diesem Bereich abzuleiten ist, da mit einer erhöhten, problembehafteten Klientel zu rechnen ist und die Kosten zu minimieren sind. Zu klären ist dabei, wie die Unterbringung und soziale Betreuung –(zu der die Stadt gesetzlich nicht verpflichtet ist) zukünftig aussehen soll. Verschiedene Überlegungen werden in der Vorlage aufgezeigt. Dazu gehört das bisherige Verfahren der Einweisung in angemietete Unterkünfte beizubehalten oder die Stadt erwirbt eigene Wohnungen, welche dann den Obdachlosen zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre die Schaffung einer neuen Stelle mit 20 Wochenstunden und ca. 30.000 Euro Personalkosten, der die im Jahr 2020 begonnene Vermittlung von Obdachlosen in Wohnungen fortführt.

Herr Beushausen gibt noch weitere Informationen. Diese beinhalten die Aussage einer veränderten Obdachlosigkeit mit „weg vom klassischen Toppelbruder“. Er erinnert in diesem Zusammenhang auch an die in der Vergangenheit bestehenden Unterkünfte am „Warzer Weg“.

Herr Franke fragt nach einer Zusammenarbeit mit der Wobau oder der KWG. Die Beantwortung der Frage erfolgt im nichtöffentlichen Teil.

Frau Bertram führt aus das der Defizit ausgleich runtergefahren werden muss. Die Politik habe darüber zu entscheiden.

Frau Funk-Pernitzsch verdeutlicht, dass es neben den Kosten auch um soziale Belange geht. Der Schwerpunkt sollte dabei auf diese, obwohl es eine freiwillige Leistung ist, gelegt werden.

Herr Dräger fragt, ob die aufgeführten Kosten von 70.000€ auch die Kosten für die Mitarbeiterin enthalten oder ob diese noch oben draufkommen.

Herr Beushausen antwortet, dass zu den Kosten noch die Mitarbeiterkosten dazu kommen.

Frau Bertram würde gern eine Resolution gegenüber Jobcenter und Sozialamt absegnen, damit diese ihren Pflichten nachkommen.

Frau Holzgreve teilt mit, dass es um die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und dem Sozialamt gut bestellt ist.

Frau Funk-Pernitzsch sieht hier vornehmlich die höhere Politik gefragt und nicht nur die Kommunen vor Ort.

Frau Brodtmann macht den Vorschlag, dass zukünftig auch ein Austausch mit der Eingliederungshilfe und dem sozialpsychiatrischen Dienst erfolgen sollte, auch wenn sich für eine neue Stelle entschieden werden würde.

Herr Beushausen bittet um Beratung in den Fraktionen mit Blick auf den Haushalt 2022. Er ergänzt noch, dass das Thema im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in einem gemeinsamen Termin des Jugend- und Sozialausschusses und des Ordnungsausschusses behandelt wird, da es sich inhaltlich um einen ordnungsrechtlichen Tatbestand handelt.

Das Thema wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

5. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

6. Anfragen

Herr Franke fragt nach dem im Hintereingang zum Bauamt befindlichen Kühlschrank „Foodsharing“, speziell wer dafür verantwortlich ist. Das Erscheinungsbild ist aus Hygienegründen in keinem guten Zustand.

Herr Beushausen bestätigt dies und informiert, dass es sich um einen Probeversuch handelt. Die Idee ist zwar gut, aber wenn sie nicht gut umgesetzt wird, wird der Zweck, der dahintersteckt, nicht erfüllt. Mit den Ideengebern steht man diesbezüglich bereits im Austausch und hat um Besserung des Zustandes gebeten.

Frau Meier fragt nach dem Sachstand zum „Alfeld-Rockt-Café“.

Frau Dr. Granzow informiert, dass die Arbeiten an der Elektrik voraussichtlich im Oktober begonnen werden..

Frau Holzgreve ergänzt, dass erst, wenn die Arbeiten an der Elektrik abgeschlossen sind, wieder Großveranstaltungen stattfinden können. Kleine Veranstaltungen und der Ferienpass sind durchführ- und machbar.

Herr Beushausen erinnert, dass die Stadt nicht Eigentümer der Immobilie ist. Außerdem sollen die Handwerker gute Arbeit abliefern. Den Ferienpass sieht auch er wie geplant umsetzbar.

Vorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin

(Brodtsmann)

(Beushausen)

(Schaper)